

Krankenschein statt Gesundheitskarte

Stadt will einheitliche Regelung abwarten

■ **Paderborn** (ig). Asylbewerber, die in Paderborn leben, bekommen vorerst keine Gesundheitskarte. Im Krankheitsfall müssen sie weiterhin pro Kalenderquartal zunächst einen Krankenschein im Sozialamt holen, bevor sie einen Arzt aufsuchen.

Die Mehrheit des Sozialausschusses des Stadtrates lehnte am Donnerstagabend einen Antrag der Demokratischen Initiative Paderborn (DIP) auf Einführung einer solchen Karte ab. Krankenscheine seien diskriminierend und bedeuteten zudem einen beachtlichen Mehraufwand für die Verwaltung, hatte Peter Leppin den Antrag für die DIP begründet und außerdem auf gute Erfahrungen in Münster und Bremen verwiesen. Nur die Ausschussmitglieder der Grünen stimmten mit Leppin für den Antrag. Die Mehrheit folgte dagegen der Sicht von Sozialdezernent Wolfgang Walter, der zunächst eine Einigung zwischen Bund und Ländern über eine generelle Einführung einer solchen Gesundheitskarte ab-

warten will. Diese stehe, so seine Informationen bald bevor. Walter: „Falls die Gespräche doch länger brauchen, könnte man gegebenenfalls neu überlegen.“ Die Einführung einer Gesundheitskarte für Asylbewerber würde aber auf jeden Fall für die Stadt Mehrausgaben bedeuten, so Walter. Während aktuell nämlich der Kreis Paderborn die Gesundheitsausgaben auch für Paderborner Asylbewerber direkt mit der Kassenärztlichen Vereinigung verrechnet, würden im anderen Falle Verwaltungskosten in Höhe von 5 Prozent von der betreffenden Krankenkasse in Rechnung gestellt. Im letzten Jahr seien Gesundheitskosten für 150.000 Euro vom Kreis auf diese Weise abgerechnet worden. Walter: „Fünf Prozent davon hätten wir zahlen müssen, wenn wir mit einer Krankenkasse direkt abgerechnet hätten.“ Für die Asylbewerber selbst gebe es durch das praktizierte System auch einen Vorteil: Die Aufwendungen für sie fielen nicht unter die gedeckelten Budgets der Ärzte.

Siehe auch > 2. Lokalseite